



Newsletter des fzs

Wöhlerstraße 19
10115 Berlin

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96
www.fzs.de
info@fzs.de

Vorstand
vorstand@fzs.de

Salome Adam
salome.adam@fzs.de

Erik Marquardt
erik.marquardt@fzs.de

Christin Eisenbrandt
Christin.eisenbrandt@fzs.de

Torsten Rekewitz
Torsten.rekewitz@fzs.de

Liebe Studierende, liebe Interessierte,

hiermit lest ihr den 1. Newsletter des fzs-Vorstands 2011/2012. Wir versuchen euch über dieses Medium verschiedene Informationen zu unserer Arbeit, bestimmten aktuellen Themen oder fzs-Angeboten wie zum Beispiel Seminare oder Broschüren zukommen zu lassen. Seht diese erste Version als Versuch an, den ihr gerne kommentieren und kritisieren könnt – mit einer Mail an vorstand@fzs.de. Wir freuen uns über jegliches konstruktives Feedback! Schreibt uns auch gerne, falls ihr euch noch bestimmte Themen oder Rubriken wünscht. Wir versuchen soweit es geht zu informieren, wünschen uns von euch aber auch die Information worüber ihr gerne informiert werden wollt.

Daher lest und kommentiert!

Viel Spaß,

Euer Vorstand



Der Vorstand,
das sind im Übrigen wir:

Salome Adam



Christin Eisenbrandt



Erik Marquardt



Torsten Rekewitz



Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 80 Mitgliedshochschulen vertritt der fzs über eine Million Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in ESU – European Students' Union und in der International Union of Students (IUS).



Inhaltsverzeichnis

Pressemitteilungen	4
Artikel	
Rauswurf statt Studium	5
Arbeitsgruppe „Fortführung des Bolognaprozesses“	6
Bildungsgipfel – Wo bleibt die Bildungsrepublik?	8
Der richtige Weg?!	9
Occupy ... Education?	10
Ausschüsse	12
Broschürenecke	13
Termine	14

Impressum

Dieser Newsletter soll für alle offen sein! Artikel oder Themen, bei denen ihr meint, dass sie in diesen NL gehören, sendet bitte an:

vorstand@fzs.de

Der Einsendeschluss für Artikel oder Themen für den nächsten Newsletter ist der 15.11.2011.



Was war eigentlich im September und Oktober in der Presse los?

Pressemitteilungen des fzs

- 27.10.2011 Alles ist gut?! Bildungsministerin Schavan redet Krise einfach weg
- 25.10.2011 Fünf Jahre Freiheit, die zu einer Kastration führten
- 20.10.2011 studentischer Dachverband fzs zu geplanten Steuerentlastungen der Regierung
- 30.09.2011 Urteil des VG Gelsenkirchen: „Grundrecht auf Studienplatz – Studierende müssen zugelassen werden
- 26.09.2011 Exmatrikulations-Chaos setzt sich fort – Studierende fürchten Massenrauswürfe in verschiedenen Bundesländern
- 22.09.2011 Initiative zu Bildungsprotesten im Herbst – zieht Euch warm an
- 22.09.2011 Papstbesuch kostet tausende Studienplätze
- 21.09.2011 Quote für Wissenschaftler*innen angesichts realitätsfremder Bildungsministerin wichtiger denn je
- 13.09.2011 fzs zur OECD-Studie: In unserer „Bildungsrepublik“ leben auch Elvis Presley und der Weihnachtsmann
- 12.09.2011 Steigende Studierendenzahlen contra verschlechterte Hochschulfinanzierung
- 01.09.2011 Studentischer Dachverband (fzs): BAföG wird 40 – und steckt noch immer in den Kinderschuhen
- 01.09.2011 Amtswechsel

Alle Pressemitteilungen könnt ihr hier

<http://www.fzs.de/aktuelles/presse/index.html> nachlesen.



Rauswurf statt Studium

Über das Versagen von Hochschulen und Politik im Kampf um Bildungsgerechtigkeit und höhere Abschlussquoten

Nachdem in den vergangenen Wochen Zwangsexmatrikulationen an der Universität zu Köln für Aufsehen sorgten, sich zahlreiche Studierende aus anderen Bundesländern meldeten und bereits einige Bundestagsfraktionen Stellung bezogen haben, ist das Problem weiterhin nicht geklärt.

Durch die Umstellung der Studienstruktur auf das Bachelor-/Mastersystem drohen zehntausenden Studierenden große Nachteile im Studienablauf. Die Befürworter der Zwangsmaßnahmen rechtfertigen diese Mittel auf unterschiedliche Weise:

Angesichts des Studierendenansturms in den kommenden Semestern könnten Langzeitstudierende ja nicht einfach Studienplätze blockieren. Außerdem würden sie sich BAföG erschleichen, nur zu Studierendentarifen Bus und Bahn fahren wollen, Steuergelder verschwenden oder "mit Gleichgesinnten in muffigen Gremien" der Universität sitzen. Obwohl diese Argumente stichhaltig scheinen, halten sie einer genaueren Betrachtung nicht stand und zeugen sowohl von einer Fehlwahrnehmung der momentanen Studiensituation, als auch von einer Unwissenheit der hochschulpolitischen Rahmenbedingungen im Allgemeinen.

Laut der Studierendenstatistik der Hochschulrektorenkonferenz studieren deutlich mehr als 500.000 Menschen noch in der alten Studienstruktur. Für viele dieser Diplom- und Magisterstudierenden ist die Alternative zur Zwangsexmatrikulationen der Wechsel in die Bachelorstudiengänge. Oft werden dabei viele ihrer bereits erbrachten Leistungen aufgrund bürokratischer Hürden nicht anerkannt, so dass sie mehrere Jahre ihres Studiums wiederholen müssen.

Dieses Schicksal trifft hauptsächlich Studierende, die durch soziale Benachteiligung, gesellschaftliches Engagement, Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen oder chronische Krankheiten ein verlängertes Studium kaum vermeiden können. Diesen Argumenten wird jedoch in der Diskussion wenig Raum geschenkt. Ebenso wird bei den Entscheidungen nicht betrachtet, dass Langzeitstudierende sich kein BAföG erschleichen können, weil sie nur in der Regelstudienzeit eine Förderung bekommen und dass die eigentliche Verschwendung von Steuergeldern erst dann stattfindet, wenn bereits absolvierte Kurse wiederholt werden müssen. Weiterhin wird nicht verstanden, dass das ehrenamtliche Engagement in den Gremien der Hochschulen für die Interessenvertretung der Statusgruppen und demokratische Grundsätze essentiell ist. Würde es den Studierenden nur um das Semesterticket gehen, könnten sie auch in die Bachelorstudiengänge wechseln. Falls sie jedoch genau das machen, hätten zahlreiche neue Studierwillige noch weniger Chancen, ein Studium zu beginnen, weil erst dann die Plätze blockiert sind. Bei der Berechnung der Kapazitäten von Hochschulen ist nämlich nicht die Zahl der *immatrikulierten* Studierenden maßgeblich, sondern Anzahl der Studierenden im jeweiligen Fachsemester. Durch Exmatrikulationen, oder wenn ein Wechsel von hohen in



niedrige Fachsemester erzwungen wird, werden also nicht nur Studienplätze blockiert, Einzelinteressen übergangen, ehrenamtliches Engagement konterkariert und die soziale Spaltung der Gesellschaft forciert, sondern auch Steuergelder verschwendet.

Der fzs als Dachverband von Studierendenschaften spricht sich aus diesen Gründen gegen die Zwangsexmatrikulationen aus.

(Wer weitere Informationen möchte kann sich gerne von uns auf den Verteilern:

exmatrikulation@fzs.de

exmatrikulation-nrw@fzs.de

eintragen lassen von uns. Schickt uns dazu einfach eine Email mit dem Wunsch an: vorstand@fzs.de)

Arbeitsgruppe „Fortführung des Bologna-Prozesses“

Im September traf sich die Arbeitsgruppe „Fortführung des Bologna-Prozesses“ der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Berlin. Diese Arbeitsgruppe koordiniert auf nationaler Ebene die „Umsetzung“ der Ziele des Bologna-Prozesses zwischen den großen Bologna-Folgekonferenzen. Hier die wichtigsten Ergebnisse der Sitzung:

Zum einen wurde auf dieser Sitzung ein Reformpapier des DAAD zum „Hochschulzugang für qualifizierte internationale Bewerber“ vorgestellt. Bewerber*innen, die nicht aus der EU kommen, unterliegen sehr restriktiven und formalistischen Hochschulzulassungsbedingungen, außerdem schaffen nach sechs Jahren gerade mal 50 % erfolgreich ihren Abschluss. Im Vergleich dazu liegen Bildungsinländer bei 80 % ¹. Aus diesem Grund wird mittlerweile großer Reformbedarf in diesem Bereich gesehen; auch wünscht sich die Wirtschaft mehr Studierende aus dem Ausland, um dem angeblichen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zumindest wurde dies bei der Diskussion immer wieder spürbar.

Das vorgelegte Papier analysiert die derzeitige Situation für Bildungsausländer*innen sehr gut und fordert viele Verbesserungen. Dies ist zunächst zu begrüßen. Jedoch wird schon aus der Wortwahl des Papieres deutlich, dass in der BRD vor allem „Eliten“ gefördert werden sollen. Denn das derzeitige System, welches mangelhaft versucht, die Schulsysteme zu vergleichen, wird kaum kritisiert. Insbesondere das Bildungsausländer*innen irgendwie versuchen müssen das Niveau der Sekundarstufe II nachzuweisen. Einzig die kurze Anmerkung, dass es „...keineswegs mit hoher Treffsicherheit diejenigen herausfiltert, die ihr Studium mit gutem Erfolg

¹ Zahlen auf Diplom- und Magisterstudiengänge bezogen



abschließen.“ geht in diese Richtung. Daher ist jetzt vom DAAD gewollt, geeignete Testverfahren einführen, die auch eine individuelle Einschätzung erlauben, um die ausländischen Studierenden gezielt fördern zu können. Das bedeutet, dass je nach Abschneiden im Test die Bewerber*innen grundsätzlich entweder zugelassen werden oder nicht. Erst danach wird entschieden, welche sprachlichen oder fachlichen Vorbereitungskurse jeweils benötigt werden. Im Anschluss an die Vorbereitungskurse dürfen sie dann in das 1. Fachsemester einsteigen. Die individuelle Förderung ist meiner Meinung nach ein guter Ansatz und sollte verfolgt werden. Das Testverfahren an sich ist allerdings abzulehnen. Testverfahren können nicht die wirkliche Eignung eines ausländischen Bewerbers oder einer ausländischen Bewerberin einschätzen, weil zum Studieren noch viel mehr gehört als fachliche Kompetenzen. Außerdem spiegelt ein Test meist nur eine Tagesleistung wieder. Die BRD sollte Menschen nicht nach Abschneiden in Testverfahren kategorisieren, sondern ihnen das Grundrecht auf Bildung ohne Hindernisse gewähren und sie jeweils individuell fördern.

Zum anderen wurden die Positionen des Allgemeinen Fakultätentages zum Bologna-Prozesses vorgestellt. Dieser TOP war besonders interessant, weil er das Unwissen vieler Mitarbeiter*innen und Professor*innen an den Fakultäten offenbarte. So wurden unter anderem die „übereichten Lehrpläne“, die häufige Notenvergabe und der daraus resultierende Druck für Lehrende und Lernende beklagt. Offenbar wurde nicht verstanden, dass das durchaus Punkte sind, an denen sie teilweise selber arbeiten können. Keiner hat die Fakultätsräte gezwungen, den Lehrplan derart mit Stunden vollzustopfen (gemeint sind Extremfälle, von mehr als 30 h pro Woche) und jede Woche Testate oder Prüfungsvorleistungen anzusetzen. Dafür sind Professor*innen zum Teil selbst verantwortlich und können das zum Vorteil beider Seiten verändern. Vermutlich müssen das an vielen Standorten auch noch die Studierenden begreifen bzw. sie müssen besser informiert werden, genau wie die Lehrenden.

Bei der Diskussion wurde vielfach der Eindruck eines „Die da oben sind schuld und wir an den Fakultäten können nichts verändern“ evoziert. Dies verklärt jedoch zum Teil die Realität: Die Bologna-Reform wird durch die Verabschiedung der Studien- und Prüfungsordnungen maßgeblich an den Fakultäten umgesetzt. Sicherlich ist bei der Ausgestaltung der Bologna-Reform vieles falsch gelaufen, gerade im Hinblick darauf, die Hochschulen mitzunehmen – und ob die Reform generell sinnvoll war bzw. ist, bleibt weiterhin diskussionswürdig. Jedoch gibt es viele Reformen, die nur vor Ort durchgeführt werden können und müssen. Dies kann allerdings nur unter studentischer Beteiligung erfolgen.



Bildungsgipfel - Wo bleibt die Bildungsrepublik?

Vom langen Weg in die falsche Richtung

Im Oktober 2008 rief Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Dresdner Bildungsgipfels die "Bildungsrepublik" aus. Hochgesteckte Ziele wurden formuliert und große Reden wurden gehalten. So sollen beispielsweise die Bildungsausgaben bis 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts deutlich gesteigert werden und damit auch die Studienanfänger*innenquote steigen. Dadurch sollte und soll in Zukunft alles gut werden.

Drei Jahre später ist es Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen: Massenweise Studienbewerber*innen ohne Studienplätze, katastrophale Betreuungsrelationen an Hochschulen, überfüllte Hörsäle. Und für diejenigen, die es trotz des sozial selektiven Siebes an die Hochschulen geschafft haben, gibt es auch nur ein Schmalspurstudium - so zumindest die subjektive Wahrnehmung.

Anlässlich des Bildungsgipfeljubiläums in diesem Oktober gab der DGB eine Studie beim Bildungsforscher Klaus Klemm in Auftrag, die sich eingehend mit dem Stand der Umsetzung der insgesamt sechs Ziele des Bildungsgipfels beschäftigt hat. Das Ergebnis: Im Kita- und Schulbereich verläuft die Umsetzung aller Ziele schleppend oder gar nicht. Die Bildungsausgaben wurden kaum gesteigert. Zwischen 2008 und 2009 stiegen die Ausgaben lediglich um 0,1 % auf 8,7 % des BIP. Das 10 %-Ziel zu erreichen würde jährliche Mehrausgaben von circa 30 Milliarden Euro bedeuten. Angesichts der Schuldenbremse und Kürzungsplänen von Landesregierungen ist mit diesem Geld wohl nicht zu rechnen.

Allein das Ziel die Studienanfänger*innenquote auf 40 % zu steigern, wurde bereits jetzt erfüllt und sogar die Zielmarke überschritten. Im Jahr 2010 fingen 442.600 Menschen ein Studium an. Das sind 46 % eines Altersjahrgangs und 180.000 Studierende mehr als 1995. Dass "Masse statt Klasse" im Hochschulbereich jedoch nicht der richtige Weg ist, merken Studierende tagtäglich beim Blick auf die vollbesetzten Treppen und Fensterbänke in den Hörsälen, am massiven Wohnraummangel in Studierendenstädten oder an Prüfungen, die mit Durchfallquoten von über 80 % dafür sorgen sollen, dass zumindest im 2. oder 3. Semester wieder genug Platz in den Studiengängen ist.

Statt eines solidarischen Bildungssystems, in dem allen Lernwilligen unabhängig von sozialer oder kultureller Herkunft gute Bildung ermöglicht wird, kommen hier nur "die Harten in den Garten": Dem Kampf um den Kitaplatz, die richtige Schule, die besten Noten, den Platz am Gymnasium und die beste Abiturnote folgt der Kampf um Studienplätze, Wohnraum, Sitzplätze in Veranstaltungen und wieder um die besten Noten in kleinteiligen Prüfungen, damit die Masterbewerbung nicht im Shredder landet. Mithalten können da die Besten der Besten - die Elite, versteht sich.

Fazit: Von einer Bildungsrepublik ist die BRD ungefähr so weit entfernt, wie die FDP vom 18% Wahlziel. Stattdessen entwickelt die Ellenbogenrepublik ganz neue



Auswüchse an denen auch wöchentliche Sonntagsreden der Bundeskanzlerin nichts ändern können.

Der richtige Weg?! - Die Idee des Studienhonorars

Der 40. Geburtstag des BAföG wurde im FORUM Wissenschaft ausführlich thematisiert. Außerdem gab es eine Fachtagung, bei der einzelne Referent*innen ihre Ideen vorstellten. Dieser Artikel soll sich mit einzelnen Aspekten dieser Tagung beschäftigen.

Allein auf Grund der Tatsache, dass derzeit die BAföG-Förderungsquote gerade einmal bei 17,4 % der Studierenden liegt, stellt sich die Frage: wie geht es weiter mit dem BAföG und in welche Richtung? Im Moment deckt das BAföG durchschnittlich 15 % der Lebenshaltungskosten. Der Rest wird zu 48 % über die Eltern und zu 26 % durch eigene Verdienste finanziert. Die große Mehrheit der Studierenden sind demzufolge offensichtlich erwachsene Mündel ihrer Eltern. Ein Zustand, der untragbar ist. Denn insbesondere in den Fällen, in denen die Eltern die Studienfinanzierung nicht tragen können und ihre Kinder in das so genannte Mittelstandsloch ohne BAföG-Förderung fallen, werden Menschen vom Studium abgehalten. Das ist vermutlich einer der Gründe warum gerade einmal 24 von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker*innenfamilien studieren. Im Vergleich dazu sind es 71 von 100 Kindern aus Akademiker*innenfamilien.

Aber wie geht es weiter? Wie kann die Studienfinanzierung verändert und verbessert werden?

In der BRD wurde und wird von verschiedener Seite versucht, über allgemeine Studiengebühren Studierende als "Investor*innen in den Beruf" zu instrumentalisieren. Viele Studierende müssen sich daher momentan auch Sorgen machen, wie sie trotz Studienfinanzierungsmangels auch noch Studiengebühren bezahlen können. Zum Glück wurde vor allem durch die massiven Proteste der Studierenden davon in 14 von 16 Bundesländern wieder Abstand genommen. Vielen Studierenden wird durch die Abschaffung der Studiengebühren ein Studium überhaupt erst ermöglicht.

Ein weiterer Weg zur Studienfinanzierung abseits des BAföG-Modells wäre der des Studienhonorars. Das würde bedeuten, dass Studierende während der Zeit ihres Studiums unabhängig von ihrer finanziellen Lage oder der ihrer Eltern Geld bekommen würden. Diese Vorstellung tauchte schon 1961 in der Denkschrift "Hochschule in der Demokratie" des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) auf. Das Studienhonorar würde die Perspektive der Studierenden stark verändern. Sie wären von ihren Eltern unabhängige und eigenständige Bürger*innen. Jedoch sollten an dieser Stelle die Auszubildenden und Schüler*innen nicht vernachlässigt werden, weshalb es besser wäre, wie Klemens Himpele und Sonja Staak anmerkten, von einem Bildungsgeld zu sprechen. Natürlich wird spätestens an dieser Stelle das Argument kommen, dass dies doch unmögliche Kosten produzieren würde. Deshalb haben Klemens und Sonja eine Beispielrechnung angefertigt, wie

viel Kosten das Bildungsgeld für erwachsenen institutionell Lernenden verursachen würde, wenn der derzeitige Lebenshaltungssatz von 762 Euro angenommen wird. Das Ergebnis wären jährliche Mehrkosten von circa 24 Milliarden Euro. Viel Geld! Diese Reform könnte wohl nur wirklich sinnvoll umgesetzt werden, wenn die gesamte Mittelverteilung in der BRD überdacht wird. Die Mehreinnahmen könnten beispielsweise durch eine Erhöhung der Erbschafts- und der Vermögenssteuer erzielt werden. Unabhängig von der ökonomischen Ebene müsste dieses Bildungsgeld politisch durchgesetzt werden. Das könnte sich ebenfalls schwierig gestalten, da es sich bei diesem Modell um einen Paradigmenwechsel der Bildungsfinanzierung zur „Individualisierung des Sozialstaates“ handelt, bei dem Leistungen nur Individuen zugesprochen werden, unabhängig von Partner*innen oder Eltern usw. Das wird wohl in allen politischen Lagern Fragen aufwerfen: Braucht der Bankerssohn wirklich das Bildungsgeld?

Wie an diesem kleinen Abriss zu erkennen ist, ist eine grundsätzliche Reform möglich, aber nicht einfach. Es ist gut, dass der Diskurs um die Studienfinanzierung anlässlich des 40-jährigen BAföG-Jubiläums wieder angestoßen wurde. Hier ist es nun die Aufgabe, uns mit verschiedenen Modellen auseinander zu setzen und für die Durchsetzung dieses Systems zu kämpfen. Wie es genau aussehen wird und welches System wir genau haben wollen, ist wohl noch nicht klar. Klar ist jedoch, dass dieses Modell ein solidarisches, elternunabhängiges und alle Menschen einschließendes Finanzierungssystem sein muss. Hier könnte das Bildungsgeld eine gute Grundlage für die Diskussion sein.

Weitere Zahlen und Informationen zu den europäischen Modellen, Studienhonoraren und BAföG im Allgemeinen findet ihr in der aktuellen Ausgabe des FORUM Wissenschaft.

OCCUPY ... EDUCATION?

In den vergangenen Wochen und Monaten haben sich weltweit Menschen zusammengeschlossen um auf verschiedenste Art und Weise für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu kämpfen. In einer beispiellos weltweiten und vernetzten Einigkeit, fangen die Menschen an zusammenzukommen und gemeinsam zu diskutieren, in was für einer Welt sie

eigentlich leben wollen. Dies ist ein Prozess, der so basisdemokratisch wie möglich gestaltet werden soll. Jeder und Jede kann sich als Einzelperson daran beteiligen. Fast überall kristallisieren sich derzeit folgende Grundhaltungen heraus:

„Wir sind die 99 %“ - Anonymous

- Das Ende der Privilegierung der privatwirtschaftlichen Interessen einer winzigen Minderheit, die derzeit den sozialen, demokratischen und ökologischen Interessen eines Großteils der Welt entgegenstehen.

„Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ - B. Brecht

- Die Diskussion über die Erweiterung der partizipativen Möglichkeiten und der demokratischen Rechte um echte Demokratie zu erreichen.

„Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du!“ - M. Gandhi



- Solidarität mit dem weltweiten Protesten der Menschen gegen undemokratische politische und ökonomische Verhältnisse

Was hat das alles mit meinen Interessen als Studierender zu tun? - Eine Menge!

Die Bildungsproteste der letzten Jahre hatten im Kern und auf die Sozial- und Bildungspolitik bezogen exakt die gleichen Forderungen und Eckpunkte:

- Geld für Bildung - statt für Banken und Konzerne
- Demokratie statt Repression – Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen und Lebensbereiche

- Teilnahme an den „Global Weeks of Action“, den global organisierten Bildungsprotesten, die im November auf allen Kontinenten stattfinden werden.

Doch auch die unterfinanzierten Bildungseinrichtungen, die Studienplatzproblematik, Studiengebühren, soziale Selektion geben Anlass zum Protest. Bildung wird schon lange nicht mehr als Standbein einer funktionierenden Gesellschaft und als Menschenrecht gesehen, sondern immer mehr zum Produktionsfaktor für die Wirtschaft.

Es ist an der Zeit, beide Bewegungen in einen Kontext zu stellen um unsere Anliegen breiter vertreten und diskutieren zu können. Daher beteiligt euch an den geplanten Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen bei euch vor Ort!

Falls ihr Informationen wollt, wo was passiert oder was ihr machen selber könnt, dann meldet Euch z.B. bei uns: vorstand@fzs.de oder schaut auf www.bildungsproteste.de



Ausschüsse

Im fzs gibt es derzeit sieben inhaltliche Ausschüsse:

- Finanzen
- Frauen- und Genderpolitik
- Hochschulfinanzierung/-struktur
- Internationales
- Verfasste Studierendenschaft/Politisches Mandat
- Sozialpolitik
- Studienreform

Damit alle einen Einblick bekommen, was diese derzeit machen, können die Ausschüsse in dem Newsletter berichten.

Ausschuss HoFi

Der fzs-Ausschuss Hochschulfinanzierung/-struktur hat sich Anfang Oktober in Berlin konstituiert und bereits mit der inhaltlichen Arbeit begonnen. Unser aktuelles Schwerpunktthema ist die Abschaffung des Kooperationsverbots. Hierfür bereiten wir unterschiedliche Aktionen vor, begonnen bei Anschreiben an die Bundestagsfraktionen sämtlicher Parteien, welches auf der letzten Sitzung schon weitgehend fertiggestellt wurde, bis zu Postkarten und Flyern, welche noch designed werden sollen. Darüber hinaus hat es sich der Ausschuss auf Anstoß und in Kooperation mit der GEW das Ziel gesetzt im Laufe des kommenden Jahres ein Gesamtkonzept über die Kompetenz- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund und Ländern zu erarbeiten.

Weitere Themen sind die Studienplatzproblematik, der Investitionsbegriff und die Kapazitätsverordnung, Department- und Matrixstrukturen, sowie die Mitarbeit am Aufbau eines Promovierenden-Netzwerks. Wer Interesse an der Mitarbeit hat kann sich gerne an salome.adam@fzs.de wenden.



Broschürenecke - Studieren mit Kind?!?

Studierende die Kinder haben, halten gerade einmal zu 60% Studium und Kind für vereinbar. Das war zumindest das Ergebnis der Sozialerhebung des DSW 2008. Gerade im Hinblick auf die Finanzierung und fehlender Beratungsangebote gibt es laut Befragung viele Probleme.

Wir möchten daher an dieser Stelle nochmal auf unsere im Dezember 2010 vollständig überarbeitete 4. Auflage der Broschüre "Studieren mit Kind" hinweisen. Diese Broschüre soll den Studierenden eine Hilfestellung bieten, um sich im Dickicht der Regelungen und Gesetze zu Recht zu finden.

Die Broschüre enthält in anschaulicher Form Informationen zu:

- Studierendenstatus
- BAföG
- ALG II, Sozialgeld
- Elterngeld
- Mutterschaftsgeld
- Kindergeld
- Unterhalt und Unterhaltsvorschuss
- Kindschaftsrecht
- Mutterschutz
- Elternzeit
- Schwangerschaftsabbruch
- Krankenversicherung
- Wohnen
- Beratungsangebote und Betreuungseinrichtungen

Natürlich wollen wir nicht negieren, dass generell weitreichende Verbesserungen an der Situation von Studierenden im Allgemeinen und im Besonderen an der von Eltern nötig sind. Unter anderem eine verbesserte finanzielle Sicherheit, flexiblere Gestaltungsformen des Studiums, mehr Betreuungsplätze sind dringend notwendige Änderungen. Auch dieser Diskurs muss weitergeführt werden. Für die derzeitige Situation studierender Eltern gibt unsere Broschüre einen guten

Überblick. Sie kann unter folgendem Link bestellt werden:
http://www.fzs.de/service/bestellen/artikel/1_studieren_mit_kind.html

In Bearbeitung sind derzeit der Hochschulzulassungs- und Mietrechtsreader. Falls ihr Ideen habt für Reader, die ihr unbedingt umgesetzt haben wollt, dann schreibt uns.



Was steht in den kommenden Wochen an?

November

- | | |
|----------------------------|---|
| 03.11.2011 | Sitzung des fzs-Vorstands von 13.00 – 15.00 Uhr in Magdeburg |
| 11.11.11 - 13.11.11 | Sitzung des Ausschusses Verfasste Studierendenschaft/
Politisches Mandat in Bremen |
| 25.11.11 – 27.11.11 | Seminar „Bundeshochschulgesetz in Darmstadt |

Dezember

- | | |
|----------------------------|--|
| 02.12.11 – 04.12.11 | Symposium zur Verfassten Studierendenschaft in Mannheim |
| 02.12.11 – 04.12.11 | Sitzung des Ausschusses für Frauen- und Genderpolitik in Berlin |
| 02.12.11 – 04.12.11 | Sitzung des Ausschuss Hochschulfinanzierung/-struktur in Berlin |
| 09.12.11 – 11.12.11 | 3. ord. Sitzung des Ausschuss der Student*innenschaften in Stuttgart |
| 09.12.11 – 11.12.11 | fzs-Seminar „Hochschulpolitik für Einsteiger*innen in Stuttgart |

Alle weiteren Informationen, sowie Programme und Tagesordnungen findet ihr unter <http://www.fzs.de/termine/index.html> .

Für alle Seminare kann sich noch angemeldet werden!